

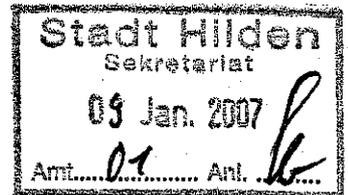


die **UNABHÄNGIGEN HILDEN**

Fraktion im Rat der Stadt Hilden

A n t r a g

Sitzung des Rates am 31.01.2007



Der Bürgermeister wird beauftragt:

- Über die Vorschriften der Arbeitsstättenverordnung, hier: u. a. die §§ 3, 3a, 5, 15 sowie derzeit gültige Nichtraucherschutzlätze und Verordnungen hinaus, für einen konsequenten Schutz vor Passivrauchen in allen städtischen Gebäuden und Einrichtungen Sorge zu tragen und diese innerhalb von 6 Monaten zu rauchfreien Zonen zu erklären.
- Aufzuzeigen was bisher an städtischen Arbeitsplätzen, städtischen Gebäuden und Einrichtungen an Schutz vor Passivrauchen vorgenommen wird.
- Aufzuzeigen welche Beratungen, Hilfen und Einrichtungen betrieblicher Selbsthilfegruppen zur Raucher- /Tabakentwöhnung für Mitarbeiter/-innen der Stadtverwaltung Hilden bzw. ihrer Einrichtungen und Gesellschaften bestehen.
- Aufzuzeigen welche Maßnahmen seitens der Landesregierung seit der 79. Gesundheitsministerkonferenz, am 29./30.06.2006, seitens des Landes ergriffen wurden, um die Forderung von NRW-Gesundheitsminister Laumann „**wir werden alles unternehmen, um einen umfassenden Nichtraucherschutz zu garantieren**“, umzusetzen.

Begründung:

Nach Angaben der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen sterben in Deutschland jährlich rund 140 000 Menschen an den Folgen tabakbedingter Erkrankungen. Tabak tötet somit weit mehr Menschen als Unfälle im Straßenverkehr, Heroin, Alkohol und Aids zusammen. Passivrauchen schadet allen. Dadurch unterscheiden sich Tabakprodukte (außer Schnupf- und Kautabak) von allen anderen Genuss- und Suchtmitteln. Der Schaden, der durch Rauchen- und Passivrauchen verursacht wird beläuft sich für verlorene Produktivität, Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit, Arzneimittel, ambulante und stationäre Behandlungen, Pflegekosten und dergl. auf vorsichtig geschätzte 17 Mrd. Euro pro Jahr, allein in Deutschland.

Grund genug, alle Menschen vor Tabakrauch in jeder Form zu schützen.

Bei dieser Größenordnung der Gefährdung anderer finden die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Raucher ihre Grenzen.

Werner Horzella
Fraktionsvorsitzender dUH